

Eupen, den 28.06.2021

## **Rede**

### **(20-21)-Haushalt Dok. 5-1-HH2021 (2020-2021) Nr. 3**

#### **- Es gilt das gesprochene Wort -**

#### **Haushaltsanpassung 2021**

Meine Damen und Herren,

ich möchte vorab aus dem Bericht des Rechnungshofes zitieren.

Dort heißt es:

In seiner Stellungnahme vom 21. April 2021 zur Vorbereitung des Stabilitätsprogramms erinnert der Hohe Finanzrat (HFR):

Zitat: „Die anfängliche Haushaltslage Belgiens vor dem Ausbruch der Covid-19-Krise war alles andere als günstig. Da in der Vergangenheit zu oft eine kurzfristige Sichtweise beibehalten und zu wenig antizyklische Fiskalpolitik betrieben wurde, wurden in günstigen Konjunkturperioden keine Reserven aufgebaut, um schlechteren Konjunkturperioden oder unerwarteten externen oder internen Schocks, wie die derzeitige Pandemie, entgegenzutreten, ohne dass die öffentlichen Finanzen stark beeinträchtigt werden und die ohnehin hohe Schuldenquote auf ein unbekanntes Niveau steigt.“

Genau dies sagen wir seit mehr als einem Jahrzehnt.

Weiter heißt es – ich zitiere:

„Die Entwicklung der Zinssätze ist auch im belgischen Kontext ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor, der durch eine sehr hohe Schuldenquote gekennzeichnet ist. Die Bedingungen auf den internationalen Finanzmärkten können sich schnell ändern, und niedrige Zinssätze bieten keinen Schutz vor Schuldenkrisen.“

Der alte Grundsatz „spare in der Zeit und so hast Du in der Not“ wurde weder in Brüssel noch hier in der DG angewandt.

Im Gegenteil: Es wurde immer alles am Limit geplant und darüber hinaus.

Das Geld, was der Steuerzahler mühsam erwirtschaftet, hier großspurig auszugeben – und das in einer der Leitlinien der Regierung Paasch.

Und obwohl die DG mit beträchtlichen Finanzmitteln seitens des Föderalstaates ausgestattet wird und im Verhältnis die meisten Mittel aller Gemeinschaften erhält – der Kleinheit wurde

immer Rechnung getragen und auch mit der 6. Staatsreform haben wir Glück gehabt – wurden hier nie Reserven angelegt.

Ganz im Gegenteil: Die Verschuldung stieg, lange vor Corona.

Und heute?

Wir haben immer davor gewarnt, dass, als uns hier großspurig die Finanzsimulation vorgelegt wurde, ein schlechtes Jahr ausreicht, also ein Jahr wie 2009, in welchem das Wirtschaftswachstum des Landes einbricht, die ganze Simulation nur ein Luftschloss ist. Durch sachliche Analysen und den Hinweis auf klare Einsparmöglichkeiten haben wir versucht, etwas Vernunft hier mit einfließen zu lassen. Aber all das wurde ignoriert und schlecht geredet.

Aber wir haben Recht behalten, und die Aussage des hohen Finanzrates bestätigt dies.

Ich empfehle Ihnen, sich hierzu die ausführlichen Berichte zu den Haushaltsdebatten vor der Corona-Krise anzuschauen und diese einem Fakten-Check zu unterwerfen.

Die Krönung der Unverfrorenheit war dann die Aussage des zuständigen Finanzministers vor einigen Wochen, als er die Haushaltsanpassung vorstellte und tatsächlich sagte – ich zitiere: „Unsere finanzpolitische Grundüberzeugung war deshalb immer, in guten Zeiten zu sparen, um in schlechten Zeiten helfen zu können.“

Und er kriegt das hin, dies so locker daher zu reden, dass einige Kolleginnen und Kollegen dies auch noch glauben. Wahrscheinlich glauben ihm dies auch einige Bürger und wahrscheinlich glaubt er das sogar selbst, obwohl er weiß, dass es Unsinn ist.

Zwischen Glauben und Wissen liegen bekanntlich Welten.

Erstens: Es wird jetzt nicht geholfen, indem die DG auf ihr nicht vorhandenes Sparbuch zurückgreift, sondern indem, zum größten Teil neue, Schulden gemacht werden.

Aktuell hat die DG ca. 560 Millionen Euro Schulden. Das sind im Verhältnis zu den Einnahmen ca. 115 Prozent.

Letztes Jahr fehlten der DG ca. 33 Millionen. Dieses Jahr werden es knapp 43 Millionen Euro sein.

So der aktuelle Stand im Finanz-Monitor.

Die Zahlen beziehen sich auf das konsolidierte Haushaltsergebnis.

Buchhalterische Tricks lass ich mal außen vor. Dass die Regierung darin geübt ist, brauche ich Niemanden hier zu erklären.

Ich traue dieser Regierung nicht, und ihr ist alles Mögliche zuzutrauen.

Und der Föderalstaat, von dem wir übrigens finanziell anhängig sind, steht noch schlimmer da.

Im Februar titelte das Grenz-Echo:

„Nie war das Loch, besser: Krater, im belgischen Staatshaushalt so groß wie heute – 45 Milliarden in 2020, 33 Milliarden in diesem Jahr –, und das Defizit wird bis zum Jahr 2030 auf einem erbärmlichen Niveau bleiben, rechnen Nationalbank und Planbüro vor. Wie soll diese gigantische Zeche bezahlt werden?“

Und diese Zeche hat auch mit einem enormen Missmanagement dieser Regierungen zu tun. Mit unkontrollierten Ausgaben und fehlender Bescheidenheit. Nicht Maßhalten war die Prämisse, sondern Maßlosigkeit. In sämtlichen Bereichen – schauen Sie sich doch einfach nur um. Dabei sagt sogar die Nationalbank, dass die Lösung in der Kürzung der öffentlichen Ausgaben sowohl auf föderaler als auch auf gliedstaatlicher Ebene liegt.

Die belgische Staatsschuld lag 2020 bei mehr als 500 Milliarden –  
aktuell bei ca. 550 Milliarden.

Die Angaben beziehen sich auf den Gesamtstaat und beinhalten die Schulden des Föderalstaats, der Gliedstaaten, der Gemeinden sowie der Sozialversicherungen, also für jeden Bürger fast 50.000,- €.

Auch auf EU Ebene ganz oben mit dabei, fast Europameister – der Titel ist auch noch drin.

Und wenn der Föderalstaat es schaffen würde (was aktuell absolut illusorisch ist), 5 Milliarden pro Jahr zu tilgen, und dann keine neuen Schulden zu machen, dann bräuchte er mehr als 100 Jahre. Ganz zu schweigen von den enormen Kosten des demografischen Wandels.

Die Schuld wird nie abgetragen, sie wird vor sich her geschoben.

Also abwarten auf die große Inflation?

Oder eine gesteuerte Geldentwertung?

Das sind Fragen, auf welche der zuständige Finanzminister antworten sollte, anstatt hier alles schön zu reden und sich selbst zu loben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass einige Parteien sich nicht davor scheuen, von neuen Steuern zu sprechen – wohlwissend, dass vor Corona der belgische Steuerzahler zu den am meisten gebeutelten seiner Art gehört.

Alle Staatsausgaben müssen überprüft werden.

Das völlig veraltete und von Privilegien durchzogene Beamtensystem bedarf einer dringenden Reform.

Unsinnige Einrichtungen wie Provinzen und der Senat gehören abgeschafft und die freigewordenen Gelder müssen den Bürgern durch Steuererleichterungen zu Gute kommen, denn staatliche Einrichtungen gehen bekanntlich und bewiesenermaßen äußerst verschwenderisch mit den ihnen anvertrauten Geldern um.

Jede Form der staatlichen Subvention bedarf eines Screenings.

Es gibt so viele kreative Ansätze wie zum Beispiel die Teilzahlung von Sozialleistungen wie Kindergeld durch ein belgienweites Gutscheinsystem mit einer Umlaufgebühr, damit dies schnell umläuft und in Belgien konsumiert wird.

Oder generell die Einführung eines umlaufgesicherten Gutscheinsystems, um Impulse für die lokale und nationale Wirtschaft zu geben.

Apropos: Wie ist eigentlich der Stand der Dinge hierzu in der DG? Es wurde ja auch groß hinausposaunt, nachdem wir dies 10 Jahre immer und immer wieder hier erklärt haben. Vielleicht können Sie in der Replik darauf eingehen.

Meine Damen und Herren,

aber anstatt ursächlich und tiefgründig Reformen anzustreben und mit gutem Beispiel voran zu gehen, geht man hier auf den altbekannten Pfaden weiter und stellt immer mehr und mehr Mitarbeiter im Ministerium oder an anderen öffentlichen Stellen ein.

Mit diesen Leuten kommen wir nie aus der Krise.

Nach Corona kommt eine Finanzkrise welche sich gewaschen hat.

Man kann nicht einfach immer mehr Geld in das System pumpen und dann hoffen, dass sich der Patient erholt.

Die Geldentwertung klopft lauthals an die Tür, und diese Folgen werden noch eine ganz andere Nummer sein als das, was wir jetzt erleben.

Ganz zu schweigen von den sozialen und psychischen Folgen insbesondere für unsere Kinder.

Nicht wegen Corona, sondern wegen der staatlichen Maßnahmen.

Wie schlittern von Krise zu Krise und hinterlassen dabei Schuldenberge, die unsere Kinder und Kindeskinde noch abbezahlen müssen.

Und bitte meine Damen und Herren,  
jetzt nicht die Story „das sei alles alternativlos gewesen.“  
Zahlreiche Forscher haben genau davor gewarnt und Alternativen aufgezeigt.

Und wenn Sie in den letzten 12 Jahren auf uns gehört hätten und in Zeiten, wo es möglich war, jedes Jahr Gelder zurückgelegt hätten und zumindest ein Teil der Sparmaßnahmen umgesetzt hätten, welche wir vorgeschlagen haben, dann wäre ein Sparbuch da und es hätte mildernd gewirkt – nicht für alles, aber für einiges – anstatt sich jetzt von Neuverschuldung zu Neuverschuldung irgendwie durchzuwurschteln.

Natürlich stecken wir in einer außergewöhnlichen Situation, aber bereits vor Corona gab es eine Gesundheitskrise. Schauen Sie sich nur den Verlauf der chronischen Erkrankungen an, vor Jahren haben wir dies bereits thematisiert.

Und das Dilemma, in welchem wir jetzt stecken, hat insbesondere mit den falschen Maßnahmen zu tun.

Aus einer Gesundheitskrise wurde eine soziale, eine wirtschaftliche und bald eine Finanzkrise wegen der staatlichen Maßnahmen – und natürlich müssen die DG und der Föderalstaat jetzt eingreifen, denn wer hat denn die Betriebe geschlossen?

Ich möchte eine weitere Aussage des Herrn Paasch der Realität gegenüberstellen:

Zitat:

„Ohne Autonomie wären wir gar nicht imstande, den Menschen in unserer Gemeinschaft zu helfen. Natürlich hätten sich dann andere Entscheidungsebenen um Hilfen bemüht, aber sie hätten es niemals so passgenau tun können wie die Deutschsprachige Gemeinschaft.“

Passgenau.

Ich will Ihnen mal etwas zu dem Begriff passgenau sagen.

Die ersten zwei Prämien der DG waren nämlich alles andere als passgenau.

Ein Beispiel:

Hotel A, ein älteres Etablissement, die Betreiber haben seit Jahren nichts mehr investiert. Sie haben keine Angestellten, sie machen dies selbst sind nicht schwer aktiv und haben noch ca. 200.000,- EUR Umsatz im Jahr.

Dann Hotel B, ein junger dynamischer Betrieb, in den letzten Jahren haben die Betreiber 2 Millionen Euro investiert, haben mehr als 10 Mitarbeiter, sind hoch motiviert und hatten vor Corona mehr als 1,5 Millionen Euro Umsatz im Jahr.

Beide haben von der DG durch die Tourismusprämie 1 + 2 je 10.000,- EUR erhalten.

Und das soll passgenau sein?

Erst die 3. Tourismusprämie der DG war leicht angepasst und bezog sich wie ähnliche Formen im Inland auf den Umsatzrückgang.

Die ersten zwei waren unbedacht und ungerecht.

Die einen hätten mehr und die anderen weniger bekommen sollen.

Eben angepasst.

Dies nur als Beispiel; ich könnte deren einige aufzählen.

Und jetzt nicht mit der Story „es musste schnell gehen.“ Die 3 Prämie hat gezeigt,

dass es auch angepasst geht. Naja, die Kritik der Opposition scheint im Ansatz gewirkt zu haben.

Meine Damen und Herren,  
ich möchte nicht auf all die Fehlentwicklungen eingehen welche die Misere aufgrund der staatlichen Maßnahmen verschärft haben. Dazu werden wir sicherlich noch kommen, und mit einigem Abstand und dann ohne die ständige Angst im Nacken, werden sicherlich auch einige Kolleginnen und Kollegen erkennen, was alles angerichtet wurde nicht nur wegen des Virus, sondern insbesondere durch die staatlichen Maßnahmen.

Wir werden im Herbst ein entsprechendes Dokument hier im Parlament einreichen und dann hoffe ich, dass einige auch unvoreingenommen mitreden und eben versuchen offen zu analysieren und dass sich diese Fehler nicht wiederholen. Denn wie es aktuell aussieht, haben zahlreiche Menschen die Befürchtung, dass man eben nicht aus den Fehlern lernt.

Denn eins finde ich besonders gravierend: Der Umgang mit Kritik.  
Der politische Austausch, die offene Diskussion gehören zur parlamentarischen Demokratie, aber dieser wurde ausgesetzt.

Jede Form der Kritik, ob sie von renommierten Forschern kam, von Wissenschaftlern welche mit höchsten Auszeichnungen honoriert wurden und vor Corona Koryphäen in ihrem Gebiet waren, werden nicht nur ignoriert, sondern diffamiert.

Warum? Warum hört man diesen Leuten nicht einfach mal zu?  
Ich habe dem Sonderausschuss dazu einen Vorschlag unterbreitet.  
Die anfängliche Resonanz „warum? Wie kann uns dies weiterhelfen?“ eher ablehnend.

Meine Damen und Herren,  
die Bürger haben ein Recht zu erfahren und wir die Pflicht zu ergründen, warum die Politik so gehandelt hat und was die Alternativen gewesen wären.

Und dann muss man schon mal Pfade abseits des konventionellen Weges beschreiten, um es eben hinterfragen zu können und Antworten zu finden.

Wenn Sie dies nicht wollen, dann sagen Sie es offen.

Wir geben uns mit den allgemeinen Erläuterungen der Regierung nicht zufrieden, genauso wenig wie zahlreiche Menschen da draußen die Antworten verlangen auf viele Fragen zur Krise, zum Virus und zu den getroffenen Maßnahmen.

Enden möchte ich mit einem Satz des Herrn Paasch aus der Vorstellung zur Haushaltsanpassung.  
Wo wir beide mal einer Meinung sind!

Er sagte:  
„Ich bin immer sehr dafür gewesen, unnötige Ausgaben zu streichen.“

Wann sind seitens dieser Regierung und dieser Mehrheit unnötige Ausgaben gestrichen worden?  
Aber diese Aussage zeigt wie weit sich diese Regierung und dieser Finanzminister von der Realität entfernt haben.  
Man kann diesen Menschen nicht trauen.

Michael Balter  
Vivant-Fraktion